

Kompromisse mit ungelösten Problemen

Daß das Gewaltproblem auch auf dieser Sitzung nur durch den Kompromiß entschärft, aber nicht gelöst werden konnte, war zu erwarten. Bereits der Entwurf stellte drei verschiedene Standpunkte heraus, die gleichrangig nebeneinander standen, ohne sich gegenseitig zu verurteilen. Die erste Gruppe bildeten die sog. Friedenskirchen, die jeglichen Gedanken an Gewalt ablehnen. Eine zweite Gruppe bekannte sich zu der Meinung, daß im Notfall für Christen ein gewaltvoller Widerstand gegen ungerechte Herrschaftssysteme möglich sei, allerdings im Bewußtsein, daß dies zur Schuld führen kann. Dazu gehören auch solche lutherischen Kirchen, für die die Zwei-Reiche-Lehre nicht mehr verbindlich ist (vgl. dazu auch HK, Juli 1973, 331). Die dritte Gruppe bilden die Kirchen, die bereits im Widerstand gegen Gewaltanwendung von oben stehen und nicht nachgeben wollen, ehe die ungerechten Ordnungen nicht abgeschafft sind. Einig war man sich in einem Katalog von Richtlinien, die bestimmte Handlungen verurteilen: z. B. die Unterwerfung eines Volkes, Unterdrückung einer Klasse oder Rasse, Folterung, Geiselnahme, vorsätzliches Töten Unbeteiligter, aktuell in Afrika und Lateinamerika. Eine eher peinliche Schwierigkeit, die zugleich die Grenzen der Handlungsfähigkeit des ÖRK sichtbar machte, entstand, als in der Diskussion ein Absatz eingefügt werden sollte, der auch die Gewalt gegen die Menschenrechte in den Oststaaten anprangerte. Dem widersprachen die anwesenden Delegierten aus diesen Staaten. Es kam ein Kompromiß heraus: der Absatz wurde wieder gestrichen, aber die Orthodoxen stimmten schließlich entgegen ihrem ursprünglichen Nein dem Beschluß zu, daß 1974 der Zentralauschuß in Westberlin tagen soll. Die Probleme des Gewaltpapiers bleiben auf dem Tisch und werden den ÖRK weiter beschäftigen. Doch die Änderung des Generalthemas für die fünfte Vollversammlung in Djakarta zeigt, daß die theo-

logische Nuance verstärkt wurde. Anstelle der „Gerechtigkeit“ tritt jetzt „Christus befreit und vereint“. Die Versammlung hatte die Warnung aus Konstantinopel gehört, daß eine Forcierung der soziopolitischen Ziele „die Fundamente des Ökumenischen Rates erschüttert“. Die Zerreißprobe war vorerst bestanden.

Eine ähnliche Klippe wurde durch die Teilung des Festgottesdienstes zum Jubiläum umschiff. Die Eucharistiefeier

wurde vorher intim als „ökumenische Nacht“ mit offener Kommunion in der Kapelle des Generalsekretariats gehalten. So entstand kein öffentliches Ergebnis. Der öffentliche Gottesdienst fand in der kalvinischen Kathedrale St. Peter als reiner Wortgottesdienst statt. Allerdings wurde er durch die dröhnende Trommel eines Buschnegers im Leopardfell nochmals zur „gefährlichen Erinnerung“ an die unbewältigte Rassenfrage.

Burundi abermals vergessen?

Während die Hinweise auf Massaker in Mozambique, ausgehend von einem Artikel in der britischen „Times“, in den letzten Monaten weltweite Reaktionen und Emotionen hervorriefen, ohne allerdings zu einer endgültigen Klärung geführt zu haben, blieben die Berichte über die Fortsetzung der Massenexekutionen in dem kleinen ostafrikanischen Staat Burundi fast unbeachtet. Dabei gibt es bereits seit März dieses Jahres eindeutige Belege, und zwar ebenfalls in erster Linie von Missionaren, daß die regierende Watussi-Minderheit weiterhin rücksichtslos gegen die Bahutu-Mehrheit im Lande vorgeht. Verschärft wird die Situation noch dadurch, daß es im Nachbarstaat Ruanda, in dem seit dem Umsturz von 1959 der Mehrheitsstamm, die Bahutus, die Regierung stellt, ebenfalls zu blutigen Ausschreitungen gekommen ist. Studenten nahmen den weithin feststellbaren Einfluß der Watussi-Minderheit in verschiedenen Zweigen des öffentlichen Lebens zum Anlaß, Jagd auf die Watussi zu machen, um eine „proportionale“ Zulassung von Bahutus und Watussi an den Universitäten und in den Betrieben zu erreichen. Durch den überraschenden Militärputsch vom 5. Juli 1973, dem der aus der katholischen Sozialbewegung hervorgegangene Ministerpräsident *Grégoire Kayibanda* zum Opfer fiel, hatte sich dort die Lage vorübergehend beruhigt. Die vorausgegangenen Aus-

einandersetzungen scheinen teilweise bewußt geschürt worden zu sein, um für den im September vorgesehenen Wahlkampf die Stimmung der Bahutu-Mehrheit für eine Fortsetzung der Politik Kayibandas anzuheizen. Der neue Machthaber, Generalmajor *Juvenal Habyalimana*, gilt als ein in Stammesfragen gemäßiger und auf Aussöhnung bedachter Politiker. Die Ereignisse sind dennoch engstens miteinander verknüpft. Unter Hinweis auf die Unterdrückung der Stammesmitglieder im Nachbarland attackieren sich die beiden Stämme seit März dieses Jahres erneut in beiden Ländern.

Kaum beachtete Grausamkeiten

Die ersten Hinweise auf die Fortsetzung des Mordens in Burundi stammten von schwedischen Pfingstler-Missionaren. Sie erhielten im März ausführliche Berichte von Flüchtlingen, die in den von der schwedischen Missionsgesellschaft an der Grenze zwischen Burundi und Tansania eingerichteten Lagern Zuflucht suchten. Ähnlich wie im Vorjahr unternahm in der Nacht vom 10. auf den 11. Mai Bahutus den Versuch, durch einen weiteren Aufstand die Watussi aus dem Sattel zu heben. Doch mißlang auch dieser gut geplante Angriff, der von Ruanda und Tansania ausging. Der Aufstand

war aber der Anlaß für die Regierung, erneut systematisch gegen die Bahutus vorzugehen. In dessen Gefolge kam es auch zu Konflikten mit den Nachbarländern Ruanda und Tansania. Während Uganda und Libyen sich hinter die Regierung von Burundi stellten und sie auch mit Waffen versorgten, wurde Ruanda und Tansania vorgeworfen, sie unterstützten die „Rebellen“. Tansania hatte deshalb bereits einzelne Grenzgefechte mit burundischen Truppen auszutragen. Die dortigen Gewerkschaften reagierten mit einem Boykottaufruf gegen Waren aus Burundi, auf die der burundische Export angewiesen ist. Tausende Tonnen Kaffee liegen seither in den Häfen Tansanias fest.

Genauere Informationen über die Vorgänge im Lande selbst sind auch jetzt schwer zu erhalten. Eine Fülle von Einzelnachrichten läßt jedoch erkennen, daß derzeit systematisch die Dörfer auf den Hügeln des Landes von Soldaten und Mitgliedern der „revolutionären Jugend“ heimgesucht werden. Übereinstimmend berichten die täglich zu Hunderten nach Tansania und Ruanda flüchtenden Bahutus, daß diesmal Jagd auf alle Angehörigen ihres Stammes gemacht werde. Richtete sich die Vergeltungsaktion 1972 in erster Linie gegen die Führungspersönlichkeiten und einflußreichen Bahutus, so scheint jetzt die Devise zu gelten: „Jeder Bahutu muß sterben.“ Ein von P. Ramon Vincens erstellter Bericht von Mitte Juni enthält detaillierte Angaben über das Ausmaß der Ausschreitungen. Selbst Behinderte und alte Leute wurden getötet. Erschreckend sind auch die genauen Informationen über ausgeklügelte Grausamkeiten gegenüber Frauen und Kindern. Es scheine, so schreibt P. Vincens, das Ziel der gesamten Aktion zu sein, die Bahutu-Bevölkerung (ca. 3 Millionen, das sind 85% der Gesamtbevölkerung) auszurotten oder aus dem Lande zu vertreiben. Derzeit melden sich täglich ungefähr 800 Flüchtlinge allein in Tansania.

Um neue Angriffe von Flüchtlingsgruppen von Tansania aus zu verhin-

dern, scheint Burundis Regierung bestrebt zu sein, im Grenzgebiet ein breites *Niemandsland* zu schaffen. Ein Reporter des amerikanischen Nachrichtenmagazins „Time“ (31.7.73) gab an, auf einer Fahrt von der Grenze ins Landesinnere kilometerweit kaum einem Menschen begegnet zu sein, obwohl Burundi zu den dichtestbesiedelten Ländern Afrikas zählt. Jeder Weiler war zerstört oder verbrannt. Kaffee- und Baumwollfelder waren nicht abgeerntet. In Nyanza Lac, einem einstmals geschäftigen Dorf mit 3000 Einwohnern, fand er als einzige Bewohner einige wilde Hunde. Die Mitglieder der von der fast ausschließlich von Watussi geleiteten Einheitspartei UPRONA abhängigen paramilitärischen Jugendorganisation betätigen sich nach Augenzeugenberichten schlimmer als die Soldaten. Unter dem Motto „Die Bahutus wollen uns töten, deshalb müssen wir sie zuerst töten“ treffen sie sich zu ihren blutigen, meist nächtlichen Streifzügen. Der „Time“-Korrespondent zitiert Aussprüche, wonach so viele Bahutus zu töten seien wie möglich, so viele, „daß unsere Familien hier wieder sicher leben können“. Der Soziologie-Professor am Afrika-Institut in Genf, Jean Ziegler, meint (in: *Jeune Afrique*, 4 8. 73), um eine „Lösung“ des Stammeskonfliktes nach dem Vorbild Ruandas zu verhindern, habe der burundische Außenminister *Artémon Simbananiye* („er zählt unter den augenblicklichen afrikanischen Staatsmännern zu den faszinierendsten, komplexesten und grausamsten“) die Devise ausgegeben, die Zahl der beiden ethnischen Hauptgruppen müsse „ausgeglichen“ werden. Beim augenblicklichen Verhältnis 15:85% würde dies bedeuten, daß in nächster Zeit mehr als 2,4 Millionen Bahutus „ausgelöscht“ werden müßten.

Bischöfe im Dilemma

Da rund 60% der Bevölkerung katholisch sind, ist die *katholische Kirche* von den Ereignissen besonders betroffen. Waren schon 1972 katholische Bahutu-Priester unter den ersten Op-

fern der Ausschreitungen, so liegen aus letzter Zeit Berichte über das mutige Verhalten vieler Bahutu-Priester vor. Schottische Missionare berichteten von einer Vielzahl katholischer Priester und Laien, die Psalmen singend und ihren Mördern vergebend zur Hinrichtung gingen.

Am 13. Juni 1973 richteten die *Bischöfe* Burundis einen gemeinsamen „Appell an die Christen der ganzen Welt“ (Wortlaut in DIA, 23. 6. 73). Ähnlich wie schon in einem seit Ende 1972 zirkulierenden *Dossier* der Bischöfe wird auch in diesem Appell die große Bedeutung der soziopolitischen Hintergründe für das Verständnis und die Lösung des Konfliktes unterstrichen. Beklagt aber wird der „zu schematische Charakter“ all der seit einem Jahr über die Vorgänge in Burundi im Ausland verbreiteten Informationen. Die Analysen seien meistens unvollständig und irreführend, die Lösungsvorschläge zu übereilt und gefährlich. Viele seien jetzt schon nicht mehr mit der früher empfohlenen Berücksichtigung der ethnischen Proportionen im Lande zufrieden, sondern hätten den Extremisten das Feld räumen müssen, die die radikale Ausschaltung einer ethnischen Gruppe (Intellektuelle, Bauern, Kinder) zur Verwirklichung der Gerechtigkeit forderten. Dadurch werde das Klima eines ideologischen und rassistischen Kampfes geschaffen, das die „wirklichen Gründe einer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Unterentwicklung verschweige, unter der, an der Seite von Millionen Menschen in der Dritten Welt, alle Burundi, nämlich Bahutu, Watussi und Twa, Bauern und Intellektuelle leiden“. Die Bischöfe meinen, Extremisten auf beiden Seiten hielten Bahutus und Watussi an, ein Bewußtsein der Zugehörigkeit zur eigenen Volksgruppe und eine Haltung der systematischen Gegnerschaft zur anderen Gruppe zu kultivieren. Habe man sich bis jetzt als Nation gefühlt, so falle man nun in das Zeitalter des Stammesdenkens zurück. Der „teufelische Mechanismus von Rebellion und Unterdrückung, hervorgerufen durch das fanatische Ziel, Martyrer zu schaf-

fen und eine der beiden Stammesgruppen auszulöschen, stürze das Land immer von neuem ins Chaos. Vom *Ausland* erwarten die Bischöfe Hilfe in zweierlei Form: 1. Unterstützung bei der Entwicklung des Landes zum Abbau der sozialen Spannungen, 2. Verzicht auf jegliche Waffenlieferung an eine der beiden Seiten.

Nach Meinung der „Missio-Korrespondenz“ (73/4) läßt das Schreiben, das frei von geistlichen Allgemeinplätzen (wie frühere Verlautbarungen) ist, doch „eine eigenständige geistliche Sicht der Probleme vermissen“. Ein wenig erwecke es den Eindruck „eines der offiziellen Regierungsmeinung angepaßten Dokumentes“. Dieser Vorwurf läßt sich erhärten, wenn man die Aussagen der Bischöfe mit den Auszügen eines Interviews mit Präsident *Micombero* vergleicht (Time, 23. 7. 73). Beide Seiten halten daran fest, daß eine politische Mehrheit und nicht eine ethnische Minderheit regiere.

Stammeskonflikte bleiben die Hauptursache

Der im gemeinsamen Appell der Bischöfe vermißte „pastorale“ Aspekt findet sich in dem am 17. Juni 1973 in den Kirchen der Diözese Bururi kommentarlos verlesene Hirtenbrief von Bischof *Joseph Martin*, dem einzigen Belgier unter den sonst einheimischen Bischöfen. Unter dem Leitwort „Du sollst nicht töten“ zieht er gegen die neuerdings im Gefolge der blutigen Auseinandersetzungen weitverbreitete Ansicht zu Felde, daß Töten in diesem Kampf ein Akt des Heldentums sei. Entschieden wendet er sich gegen die Beraubung der Mitglieder des anderen Stammes, gegen Haß und die Erniedrigung anderer Menschen der gleichen Nation.

Die *Bischöfe Ruandas* äußerten sich mehrfach zu den Vorfällen sowohl in Burundi als auch im eigenen Lande. Nachdem sie Ende vergangenen Jahres bereits die offizielle Darstellung Burundis über die Hintergründe des dortigen Massakers als einseitige Inter-

pretation verworfen hatten (vgl. HK, Februar 1973, 103), sprachen sie im Februar ihr Bedauern über die Vorfälle in Ruanda aus, deren Opfer Schüler, Studenten, Angestellte und Arbeiter „einer ethnischen Gruppe“ waren. Wörtlich hieß es: „Das göttliche Gesetz sowie die Erklärung der Menschenrechte, die Ruanda unterzeichnet hat, und der Text der Verfassung Ruandas stehen im krassen Gegensatz zu den Prozessen der Ausschaltung und Verfolgung auf rassistischer Basis.“ Von ihnen wurde im Unterschied zu den Bischöfen Burundis auch zugegeben, daß rassistische Unterschiede Hauptursache für das Morden waren. In einem zusätzlichen Schreiben der fünf Bischöfe an die Priester ihrer Diözesen erklärten sie einen Monat später, nicht mit Schweigen über die „tragischen Ereignisse“ hinweggehen zu können, denen allein in den Präfekturen Gitarama und Kibuye mindestens 500 Menschen und Tausende von Hütten und Häusern zum Opfer gefallen seien. Um was es in dem Konflikt geht, sagen in bezug auf Burundi am deutlichsten die Bischöfe des benachbarten *Tansania*, wohin bisher mindestens 50 000 Bahutus aus Burundi geflohen sind. In einer Erklärung vom 23. Juni heißt es u. a.: man habe mit großer

Sorge die Berichte von der Fortsetzung des Flüchtlingsstroms studiert. Daraus müsse man schließen, daß der „Vernichtungskrieg“ zwischen den beiden Volksgruppen weitergehe. „Wir beklagen diesen unmenschlichen und unchristlichen Brudermord und appellieren an alle Menschen guten Willens in der Welt, sich einzuschalten, um diesen Konflikt zu beenden“ (vgl. Fides, 11. 7. 73). *Tansanias* Bischöfe bemühen sich zugleich um materielle Hilfe für die Flüchtlinge. Gemeinsam mit Organisationen wie der katholischen Caritas und dem Lutherischen Weltbund schufen sie größere Versorgungsprojekte. Regierungskreise in Burundi verfolgen diese Maßnahme mit Mißtrauen, da sie in den Flüchtlingslagern in Grenznähe eine ständige Bedrohung und den Keim für neue Umsturzversuche sehen. Zusätzlich ins Schußfeuer der burundischen Propaganda gerieten jüngst christliche Gewerkschaftskreise in Belgien, denen Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes vorgeworfen wird. Ausgangspunkt für diese Attacken sind Bemühungen von Pax Christi und der christlichen Gewerkschaftsorganisation, die belgische Regierung zur Einstellung von Waffenlieferungen an Burundi und zu Boykottmaßnahmen zu veranlassen.

Brasilianische Bischöfe wenden sich gegen die Regierung

Seit Frühjahr 1973 haben sich mehrfach Gruppen brasilianischer Bischöfe zu Wort gemeldet, die die sozialen Zustände im Lande anprangern und das Verhalten der Militärregierung offen kritisieren. Die häufiger und schärfer werdenden Wortmeldungen von Bischöfen und die Reaktionen seitens der Regierung und der Polizei zeigen, wie sehr sich der Konflikt zwischen dem Militär und einer größer werdenden Zahl von oppositionellen Bischöfen seit der letzten Vollversammlung der Bischofskonferenz im Februar ds. Jahres (vgl. HK, Mai 1973, S. 249 ff.)

zugespitzt hat. In Übereinstimmung mit den Beschlüssen und Aufrufen der 13. Vollversammlung der *brasilianischen* Bischofskonferenz (CNBB) wurde am 6. Mai 1973 in Recife ein 27 Seiten starkes Dokument über die Situation im Nordosten Brasiliens veröffentlicht. Das von 13 Bischöfen und 5 höheren Ordensoberen unterzeichnete Schriftstück besticht durch eine nüchterne Analyse der Fakten und eine engagierte Theologie der Befreiung. „Wir haben den Aufschrei des nordöstlichen Menschen anzunehmen, der nach dem Dienst der Befreiung